

FamFG

Gesetz über das Verfahren in
Familiensachen und in den Angelegenheiten
der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Kommentar

Herausgegeben von

Dr. Dirk Bahrenfuss

Richter am OLG Schleswig und bislang Leiter des Zivilrechts-
referates der Rechtsabteilung des Ministeriums für Justiz,
Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein

Bearbeitet von

Dr. Dirk Bahrenfuss · Klaus-Peter Blank · Dr. Dagmar Brosey ·
Dr. Jörg Grotkopp · Antje Hentschel · Dr. Norbert Joachim ·
David Kräfft · Dr. Christine von Milczewski · Stefanie Rüntz ·
Daniel Schaal · Christfried Schlemm · Prof. Dr. Ulrike
Schwedhelm · Ingo Socha · Bernd Steup · Dr. Wolfram Waldner ·
Franz Wick · Dr. Eckhard Wittenstein

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978 3 503 11647 8

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Bahrenfuss (Hrsg.), FamFG, § ... Rn. ...

ISBN 978 3 503 11647 8
ISSN 1865-4177

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2009
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus 9/11 Punkt Candida

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort

Zum 1.9.2009 wurde das „Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit“ nach über 100 Jahren Geltung durch das „Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG)“ abgelöst. Damit haben Reformbemühungen einen Abschluss gefunden, die vor mehr als 50 Jahren begonnen hatten. Das FamFG ordnet das Verfahrensrecht im Bereich der Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit grundlegend neu. Als neues Stammgesetz hat es gute Aussichten, mindestens so lange wie sein Vorgänger die Rechtslandschaft zu bestimmen.

Aber wie heißt es in Abwandlung eines bekannten Sprichwortes: „Nach der Reform ist vor der Reform“. Die Tinte unter dem Gesetz war kaum getrocknet, da wurden bereits die ersten Änderungen vorgenommen. Von der Verkündung des FamFG als Artikel 1 des FGG-Reformgesetzes am 17.12.2008 bis zu seinem Inkrafttreten am 1.9.2009 gab es bereits eine Vielzahl von größeren und kleineren Überarbeitungen. Zum einen mussten aufgrund paralleler Gesetzesvorhaben zum Versorgungsausgleich, zum Zugewinnausgleich und zur Patientenverfügung viele Vorschriften schon jetzt neu gefasst oder ganz ersetzt werden. Zum anderen ist es der Komplexität des langjährigen Gesetzgebungsverfahrens geschuldet, dass sich einige Fehler eingeschlichen haben, die es noch rechtzeitig vor dem Inkrafttreten zu beseitigen galt. Auch nach diesen „Reparaturen“ am FamFG gibt es an vielen Stellen noch Korrekturbedarf und erst in der täglichen Praxis wird sich zeigen, welche weiteren Anpassungen und Nachsteuerungen noch erforderlich sind. Bei Vorliegen der ersten Erfahrungen aus der Rechtsprechung werden die nächsten Änderungen am FamFG nicht lange auf sich warten lassen.

Dies sollte Sie aber nicht davon abhalten, sich wohlwollend auf das neue Gesetz einzulassen. Bekanntermaßen stoßen umfassende Neuerungen bei den Rechtsanwendern nicht auf Begeisterung, weil sie mit der alten Rechtslage, so unzureichend sie sein mag, nun einmal vertraut sind. Es ist, als ob man gegen seinen Willen sein lieb gewonnenes Haus verlassen muss, um in ein neues, größeres einzuziehen, das mit seinen vielen Zimmern auf den ersten Blick unübersichtlich wirkt. Zudem haftet ihm noch ein gewisser Farbgeruch an, weil die Handwerker bis zuletzt mit Hammer und Pinsel versucht haben, die von der Praxis als Bauherr gerügten Mängel zu beseitigen. Schon bald wird sich bei Ihnen aber auch hier ein Gefühl der Vertrautheit einstellen und Sie werden sich schnell wieder heimisch fühlen.

Der vorliegende Kommentar von Praktikerinnen und Praktikern, die selbst täglich mit den neuen Vorschriften arbeiten, soll Ihnen die ersten Schritte in der ungewohnten Umgebung erleichtern und auch in Zukunft als ständiger Begleiter durch das neue FamFG dienen. Deshalb berücksichtigt der Kom-

mentar alle Änderungen zum FamFG bis zu seinem Inkrafttreten am 1.9.2009, insbesondere das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs, das Gesetz zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und des Vormundschaftsrechts, das Gesetz zur Modernisierung von Verfahren im anwaltlichen und notariellen Berufsrecht sowie das Dritte Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts (vgl. die vollständige Übersicht in der Einleitung Rn. 15). Redaktionsschluss für berücksichtigte Literatur und Rechtsprechung war Mitte Mai 2009, zum Teil wurden auch noch spätere Veröffentlichungen eingearbeitet.

Die Verfasser hoffen, dass Ihnen der Kommentar auf Ihre bei der Anwendung des FamFG auftretenden Fragen umfassend Antwort geben kann und somit für Sie zu einem wertvollen Hilfsmittel in allen Familiensachen und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird; auf dass Sie sich in dem neuen FamFG gemütlich einrichten können.

Kiel, im Sommer 2009

Dirk Bahrenfuss

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Autorenverzeichnis	XXV
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur	XXXVII

Einleitung	1
-------------------------	----------

Buch 1

Allgemeiner Teil

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	45
§ 1 Anwendungsbereich	45
§ 2 Örtliche Zuständigkeit	66
§ 3 Verweisung bei Unzuständigkeit	74
§ 4 Abgabe an ein anderes Gericht	80
§ 5 Gerichtliche Bestimmung der Zuständigkeit	84
§ 6 Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen	94
§ 7 Beteiligte	116
§ 8 Beteiligtenfähigkeit	125
§ 9 Verfahrensfähigkeit	129
§ 10 Bevollmächtigte	141
§ 11 Verfahrensvollmacht	151
§ 12 Beistand	159
§ 13 Akteneinsicht	162
§ 14 Elektronische Akte; elektronisches Dokument	174
§ 15 Bekanntgabe; formlose Mitteilung	179
§ 16 Fristen	188
§ 17 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	194
§ 18 Antrag auf Wiedereinsetzung	201
§ 19 Entscheidung über die Wiedereinsetzung	205
§ 20 Verfahrensverbindung und -trennung	207
§ 21 Aussetzung des Verfahrens	209
§ 22 Antragsrücknahme; Beendigungserklärung	214
§ 22a Mitteilungen an die Familien- und Betreuungsgerichte	218
Abschnitt 2 Verfahren im ersten Rechtszug	221
§ 23 Verfahrenseinleitender Antrag	221
§ 24 Anregung des Verfahrens	234

§ 25	Anträge und Erklärungen zur Niederschrift der Geschäftsstelle	238
§ 26	Ermittlung von Amts wegen	243
§ 27	Mitwirkung der Beteiligten	252
§ 28	Verfahrensleitung	258
§ 29	Beweiserhebung	270
§ 30	Förmliche Beweisaufnahme	281
§ 31	Glaubhaftmachung	296
§ 32	Termin	299
§ 33	Persönliches Erscheinen der Beteiligten	304
§ 34	Persönliche Anhörung	313
§ 35	Zwangsmittel	318
§ 36	Vergleich	328
§ 37	Grundlage der Entscheidung	343
Abschnitt 3 Beschluss		348
§ 38	Entscheidung durch Beschluss	348
§ 39	Rechtsbehelfsbelehrung	368
§ 40	Wirksamwerden	374
§ 41	Bekanntgabe des Beschlusses	379
§ 42	Berichtigung des Beschlusses	384
§ 43	Ergänzung des Beschlusses	390
§ 44	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	395
§ 45	Formelle Rechtskraft	403
§ 46	Rechtskraftzeugnis	409
§ 47	Wirksam bleibende Rechtsgeschäfte	412
§ 48	Abänderung und Wiederaufnahme	415
Abschnitt 4 Einstweilige Anordnung		431
§ 49	Einstweilige Anordnung	431
§ 50	Zuständigkeit	436
§ 51	Verfahren	439
§ 52	Einleitung des Hauptsacheverfahrens	446
§ 53	Vollstreckung	450
§ 54	Aufhebung oder Änderung der Entscheidung	453
§ 55	Aussetzung der Vollstreckung	457
§ 56	Außerkräfttreten	459
§ 57	Rechtsmittel	463
Abschnitt 5 Rechtsmittel		466
<i>Unterabschnitt 1 Beschwerde</i>		<i>466</i>
§ 58	Statthaftigkeit der Beschwerde	466
§ 59	Beschwerdeberechtigte	477
§ 60	Beschwerderecht Minderjähriger	481
§ 61	Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	485

§ 62	Statthaftigkeit der Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache.	491
§ 63	Beschwerdefrist	496
§ 64	Einlegung der Beschwerde	500
§ 65	Beschwerdebegründung	505
§ 66	Anschlussbeschwerde	509
§ 67	Verzicht auf die Beschwerde; Rücknahme der Beschwerde .	513
§ 68	Gang des Beschwerdeverfahrens	519
§ 69	Beschwerdeentscheidung	526
<i>Unterabschnitt 2 Rechtsbeschwerde.</i>		532
§ 70	Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	532
§ 71	Frist und Form der Rechtsbeschwerde	541
§ 72	Gründe der Rechtsbeschwerde	547
§ 73	Anschlussrechtsbeschwerde	552
§ 74	Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	553
§ 74a	Zurückweisungsbeschluss	561
§ 75	Sprungrechtsbeschwerde	565
Abschnitt 6 Verfahrenskostenhilfe		569
§ 76	Voraussetzungen	569
§ 77	Bewilligung.	572
§ 78	Beiordnung eines Rechtsanwalts	575
§ 79	(entfallen)	
Anhang zu §§ 76 ff. FamFG.		583
§ 114	ZPO Voraussetzungen.	583
§ 115	ZPO Einsatz von Einkommen und Vermögen.	594
§ 116	ZPO Partei kraft Amtes; juristische Person; parteilfähige Vereinigung	628
§ 117	ZPO Antrag	629
§ 118	ZPO Bewilligungsverfahren	636
§ 119	ZPO Bewilligung	642
§ 120	ZPO Festsetzung von Zahlungen	647
§ 121	ZPO Beiordnung eines Rechtsanwalts	652
§ 122	ZPO Wirkung der Prozesskostenhilfe	654
§ 123	ZPO Kostenerstattung	657
§ 124	ZPO Aufhebung der Bewilligung.	657
§ 125	ZPO Einziehung der Kosten	659
§ 126	ZPO Beitreibung der Rechtsanwaltskosten.	660
§ 127	ZPO Entscheidungen.	661
Abschnitt 7 Kosten.		666
§ 80	Umfang der Kostenpflicht	666
§ 81	Grundsatz der Kostenpflicht	669
§ 82	Zeitpunkt der Kostenentscheidung.	678
§ 83	Kostenpflicht bei Vergleich, Erledigung und Rücknahme . .	678

§ 84	Rechtsmittelkosten	680
§ 85	Kostenfestsetzung	683
Abschnitt 8 Vollstreckung		689
Vorbemerkung zu §§ 86 ff. FamFG		689
<i>Unterabschnitt 1 Allgemeine Vorschriften</i>		<i>690</i>
§ 86	Vollstreckungstitel	690
§ 87	Verfahren; Beschwerde	695
<i>Unterabschnitt 2 Vollstreckung von Entscheidungen über die Herausgabe von Personen und die Regelung des Umgangs</i>		<i>700</i>
Vorbemerkung zu §§ 88 ff. FamFG		700
§ 88	Grundsätze	701
§ 89	Ordnungsmittel	705
§ 90	Anwendung unmittelbaren Zwanges	717
§ 91	Richterlicher Durchsuchungsbeschluss	721
§ 92	Vollstreckungsverfahren	727
§ 93	Einstellung der Vollstreckung	730
§ 94	Eidesstattliche Versicherung	734
<i>Unterabschnitt 3 Vollstreckung nach der Zivilprozessordnung</i>		<i>736</i>
§ 95	Anwendung der Zivilprozessordnung	736
§ 96	Vollstreckung in Verfahren nach dem Gewaltschutz- gesetz und in Ehewohnungssachen	743
§ 96 a	Vollstreckung in Abstammungssachen	746
Abschnitt 9 Verfahren mit Auslandsbezug		749
<i>Unterabschnitt 1 Verhältnis zu völkerrechtlichen Verein- barungen und Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaft</i>		<i>749</i>
§ 97	Vorrang und Unberührtheit	749
<i>Unterabschnitt 2 Internationale Zuständigkeit</i>		<i>753</i>
Vorbemerkung zu §§ 98 ff. FamFG		753
§ 98	Ehesachen; Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	757
§ 99	Kindschaftssachen	775
§ 100	Abstammungssachen	792
§ 101	Adoptionssachen	797
§ 102	Versorgungsausgleichssachen	800
§ 103	Lebenspartnerschaftssachen	806
§ 104	Betreuungs- und Unterbringungssachen; Pflegschaft für Erwachsene	814
§ 105	Andere Verfahren	825
§ 106	Keine ausschließliche Zuständigkeit	836
<i>Unterabschnitt 3 Anerkennung und Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen</i>		<i>838</i>
§ 107	Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen	838
§ 108	Anerkennung anderer ausländischer Entscheidungen	862

§ 109 Anerkennungshindernisse	877
§ 110 Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	885

Buch 2

Verfahren in Familiensachen

Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	905
Vorbemerkung zu §§ 111–120 FamFG	905
§ 111 Familiensachen	907
§ 112 Familienstreitsachen	911
§ 113 Anwendung von Vorschriften der Zivilprozessordnung	912
§ 114 Vertretung durch einen Rechtsanwalt; Vollmacht	918
§ 115 Zurückweisung von Angriffs- und Verteidigungsmitteln	921
§ 116 Entscheidung durch Beschluss; Wirksamkeit	923
§ 117 Rechtsmittel in Ehe- und Familienstreitsachen	924
§ 118 Wiederaufnahme	933
§ 119 Einstweilige Anordnung und Arrest	935
§ 120 Vollstreckung	939

Abschnitt 2 Verfahren in Ehesachen; Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen	943
--	------------

<i>Unterabschnitt 1 Verfahren in Ehesachen</i>	<i>943</i>
§ 121 Ehesachen	943
§ 122 Örtliche Zuständigkeit	944
§ 123 Abgabe bei Anhängigkeit mehrerer Ehesachen	947
§ 124 Antrag	949
§ 125 Verfahrensfähigkeit	949
§ 126 Mehrere Ehesachen; Ehesachen und andere Verfahren	951
§ 127 Eingeschränkte Amtsermittlung	952
§ 128 Persönliches Erscheinen der Ehegatten	954
§ 129 Mitwirkung der Verwaltungsbehörde oder dritter Personen	957
§ 130 Säumnis der Beteiligten	958
§ 131 Tod eines Ehegatten	959
§ 132 Kosten bei Aufhebung der Ehe	960

<i>Unterabschnitt 2 Verfahren in Scheidungssachen und Folgesachen</i>	<i>962</i>
§ 133 Inhalt der Antragsschrift	962
§ 134 Zustimmung zur Scheidung und zur Rücknahme; Widerruf	964
§ 135 Außergerichtliche Streitbeilegung über Folgesachen	965
§ 136 Aussetzung des Verfahrens	966
§ 137 Verbund von Scheidungs- und Folgesachen	968
§ 138 Beiordnung eines Rechtsanwalts	972
§ 139 Einbeziehung weiterer Beteiligter und dritter Personen	974
§ 140 Abtrennung	975
§ 141 Rücknahme des Scheidungsantrags	979

§ 142	Einheitliche Endentscheidung; Abweisung des Scheidungsantrags	980
§ 143	Einspruch	982
§ 144	Verzicht auf Anschlussrechtsmittel	983
§ 145	Befristung von Rechtsmittelerweiterung und Anschlussrechtsmittel	984
§ 146	Zurückverweisung	985
§ 147	Erweiterte Aufhebung	987
§ 148	Wirksamwerden von Entscheidungen in Folgesachen	988
§ 149	Erstreckung der Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe	989
§ 150	Kosten in Scheidungssachen und Folgesachen	991

Abschnitt 3 Verfahren in Kindschaftssachen 994

§ 151	Kindschaftssachen	994
§ 152	Örtliche Zuständigkeit	998
§ 153	Abgabe an das Gericht der Ehesache	1000
§ 154	Verweisung bei einseitiger Änderung des Aufenthalts des Kindes	1002
§ 155	Vorrang- und Beschleunigungsgebot	1003
§ 156	Hinwirken auf Einvernehmen	1006
§ 157	Erörterung der Kindeswohlgefährdung; einstweilige Anordnung	1011
§ 158	Verfahrensbeistand	1013
§ 159	Persönliche Anhörung des Kindes	1019
§ 160	Anhörung der Eltern	1022
§ 161	Mitwirkung der Pflegeperson	1023
§ 162	Mitwirkung des Jugendamts	1024
§ 163	Fristsetzung bei schriftlicher Begutachtung; Inhalt des Gutachtenauftrags; Vernehmung des Kindes	1026
§ 164	Bekanntgabe der Entscheidung an das Kind	1027
§ 165	Vermittlungsverfahren	1028
§ 166	Abänderung und Überprüfung von Entscheidungen und gerichtlich gebilligten Vergleichen	1033
§ 167	Anwendbare Vorschriften bei Unterbringung Minderjähriger	1035
§ 168	Beschluss über Zahlungen des Mündels	1038
§ 168a	Mitteilungspflichten des Standesamts	1042

Abschnitt 4 Verfahren in Abstammungssachen 1043

§ 169	Abstammungssachen	1043
§ 170	Örtliche Zuständigkeit	1046
§ 171	Antrag	1048
§ 172	Beteiligte	1050
§ 173	Vertretung eines Kindes durch einen Beistand	1052
§ 174	Verfahrensbeistand	1053
§ 175	Erörterungstermin; persönliche Anhörung	1054

§ 176 Anhörung des Jugendamts	1055
§ 177 Eingeschränkte Amtsermittlung; förmliche Beweisaufnahme	1057
§ 178 Untersuchungen zur Feststellung der Abstammung	1060
§ 179 Mehrheit von Verfahren	1063
§ 180 Erklärungen zur Niederschrift des Gerichts	1065
§ 181 Tod eines Beteiligten	1066
§ 182 Inhalt des Beschlusses	1067
§ 183 Kosten bei Anfechtung der Vaterschaft	1068
§ 184 Wirksamkeit des Beschlusses; Ausschluss der Abänderung; ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	1070
§ 185 Wiederaufnahme des Verfahrens	1072
Abschnitt 5 Verfahren in Adoptionssachen	1076
§ 186 Adoptionssachen	1076
§ 187 Örtliche Zuständigkeit	1078
§ 188 Beteiligte	1081
§ 189 Fachliche Äußerung einer Adoptionsvermittlungsstelle	1083
§ 190 Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft	1085
§ 191 Verfahrensbeistand	1086
§ 192 Anhörung der Beteiligten	1087
§ 193 Anhörung weiterer Personen	1089
§ 194 Anhörung des Jugendamts	1090
§ 195 Anhörung des Landesjugendamts	1091
§ 196 Unzulässigkeit der Verbindung	1093
§ 197 Beschluss über die Annahme als Kind	1094
§ 198 Beschluss in weiteren Verfahren	1096
§ 199 Anwendung des Adoptionswirkungsgesetzes	1097
Abschnitt 6 Verfahren in Ehewohnungs- und Haushaltssachen ..	1098
§ 200 Ehewohnungssachen; Haushaltssachen	1098
§ 201 Örtliche Zuständigkeit	1108
§ 202 Abgabe an das Gericht der Ehesache	1112
§ 203 Antrag	1115
§ 204 Beteiligte	1118
§ 205 Anhörung des Jugendamts in Ehewohnungssachen	1122
§ 206 Besondere Vorschriften in Haushaltssachen	1126
§ 207 Erörterungstermin	1134
§ 208 Tod eines Ehegatten	1138
§ 209 Durchführung der Entscheidung, Wirksamkeit	1140
Abschnitt 7 Verfahren in Gewaltschutzsachen	1147
§ 210 Gewaltschutzsachen	1147
§ 211 Örtliche Zuständigkeit	1161
§ 212 Beteiligte	1164
§ 213 Anhörung des Jugendamts	1167
§ 214 Einstweilige Anordnung	1171

§ 215 Durchführung der Endentscheidung	1179
§ 216 Wirksamkeit, Vollstreckung vor Zustellung	1181
§ 216a Mitteilung von Entscheidungen	1185
Abschnitt 8 Verfahren in Versorgungsausgleichssachen	1189
§ 217 Versorgungsausgleichssachen	1189
§ 218 Örtliche Zuständigkeit	1191
§ 219 Beteiligte	1193
§ 220 Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	1195
§ 221 Erörterung, Aussetzung	1200
§ 222 Durchführung der externen Teilung	1203
§ 223 Antragerfordernis für Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	1206
§ 224 Entscheidung über den Versorgungsausgleich	1206
§ 225 Zulässigkeit einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	1208
§ 226 Durchführung einer Abänderung des Wertausgleichs bei der Scheidung	1213
§ 227 Sonstige Abänderungen	1217
§ 228 Zulässigkeit der Beschwerde	1219
§ 229 Elektronischer Rechtsverkehr zwischen den Familien- gerichten und den Versorgungsträgern	1219
§ 230 (weggefallen)	1225
Abschnitt 9 Verfahren in Unterhaltssachen	1225
<i>Unterabschnitt 1 Besondere Verfahrensvorschriften</i>	<i>1225</i>
§ 231 Unterhaltssachen	1225
§ 232 Örtliche Zuständigkeit	1230
§ 233 Abgabe an das Gericht der Ehesache	1234
§ 234 Vertretung eines Kindes durch einen Beistand	1235
§ 235 Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht der Beteiligten	1236
§ 236 Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht Dritter	1243
§ 237 Unterhalt bei Feststellung der Vaterschaft	1249
§ 238 Abänderung gerichtlicher Entscheidungen	1251
§ 239 Abänderung von Vergleichen und Urkunden	1257
§ 240 Abänderung von Entscheidungen nach den §§ 237 und 253	1259
§ 241 Verschärfte Haftung	1262
§ 242 Einstweilige Einstellung der Vollstreckung	1264
§ 243 Kostenentscheidung	1265
§ 244 Unzulässiger Einwand der Volljährigkeit	1267
§ 245 Bezifferung dynamisierter Unterhaltstitel zur Zwangsvollstreckung im Ausland	1268
<i>Unterabschnitt 2 Einstweilige Anordnung</i>	<i>1270</i>
§ 246 Besondere Vorschriften für die einstweilige Anordnung	1270
§ 247 Einstweilige Anordnung vor Geburt des Kindes	1273
§ 248 Einstweilige Anordnung bei Feststellung der Vaterschaft	1275

<i>Unterabschnitt 3 Vereinfachtes Verfahren</i>	
<i>über den Unterhalt Minderjähriger</i>	1279
§ 249 Statthaftigkeit des vereinfachten Verfahrens	1279
§ 250 Antrag	1281
§ 251 Maßnahmen des Gerichts	1287
§ 252 Einwendungen des Antragsgegners	1291
§ 253 Festsetzungsbeschluss	1297
§ 254 Mitteilungen über Einwendungen	1300
§ 255 Streitiges Verfahren	1301
§ 256 Beschwerde	1304
§ 257 Besondere Verfahrensvorschriften	1306
§ 258 Sonderregelungen für maschinelle Bearbeitung	1306
§ 259 Formulare	1307
§ 260 Bestimmung des Amtsgerichts	1309
Abschnitt 10 Verfahren in Güterrechtssachen	1311
§ 261 Güterrechtssachen	1311
§ 262 Örtliche Zuständigkeit	1313
§ 263 Abgabe an das Gericht der Ehesache	1315
§ 264 Verfahren nach den §§ 1382 und 1383 des Bürgerlichen Gesetzbuchs	1316
§ 265 Einheitliche Entscheidung	1317
Abschnitt 11 Verfahren in sonstigen Familiensachen	1318
§ 266 Sonstige Familiensachen	1318
§ 267 Örtliche Zuständigkeit	1324
§ 268 Abgabe an das Gericht der Ehesache	1326
Abschnitt 12 Verfahren in Lebenspartnerschaftssachen	1327
§ 269 Lebenspartnerschaftssachen	1327
§ 270 Anwendbare Vorschriften	1333

Buch 3

Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen

Abschnitt 1 Verfahren in Betreuungssachen	1337
Vorbemerkung zu §§ 271 ff. FamFG	1337
§ 271 Betreuungssachen	1339
§ 272 Örtliche Zuständigkeit	1343
§ 273 Abgabe bei Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts	1346
§ 274 Beteiligte	1347
§ 275 Verfahrensfähigkeit	1353
§ 276 Verfahrenspfleger	1354
§ 277 Vergütung und Aufwendungsersatz des Verfahrenspflegers	1361
§ 278 Anhörung Betroffener	1365

§ 279 Anhörung der sonstigen Beteiligten, der Betreuungs- behörde und des gesetzlichen Vertreters	1371
§ 280 Einholung eines Gutachtens	1373
§ 281 Ärztliches Zeugnis; Entbehrlichkeit eines Gutachtens	1376
§ 282 Vorhandene Gutachten des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung	1377
§ 283 Vorführung zur Untersuchung	1379
§ 284 Unterbringung zur Begutachtung	1381
§ 285 Herausgabe einer Betreuungsverfügung oder der Abschrift einer Vorsorgevollmacht	1384
§ 286 Inhalt der Beschlussformel	1384
§ 287 Wirksamwerden von Beschlüssen	1387
§ 288 Bekanntgabe	1390
§ 289 Verpflichtung des Betreuers	1392
§ 290 Bestellungsurkunde	1394
§ 291 Überprüfung der Betreuerauswahl	1395
§ 292 Zahlungen an den Betreuer	1395
§ 293 Erweiterung der Betreuung oder des Einwilligungsvor- behalts	1397
§ 294 Aufhebung und Einschränkung der Betreuung oder des Einwilligungsvorbehalts	1401
§ 295 Verlängerung der Betreuung oder des Einwilligungsvor- behalts	1403
§ 296 Entlassung des Betreuers und Bestellung eines neuen Betreuers	1405
§ 297 Sterilisation	1407
§ 298 Verfahren in Fällen des § 1904 des Bürgerlichen Gesetzbuchs	1411
§ 299 Verfahren in anderen Entscheidungen	1416
§ 300 Einstweilige Anordnung	1417
§ 301 Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	1422
§ 302 Dauer der einstweiligen Anordnung	1423
§ 303 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	1424
§ 304 Beschwerde der Staatskasse	1429
§ 305 Beschwerde des Untergebrachten	1430
§ 306 Aufhebung des Einwilligungsvorbehalts	1431
§ 307 Kosten in Betreuungssachen	1432
§ 308 Mitteilungen von Entscheidungen	1433
§ 309 Besondere Mitteilungen	1436
§ 310 Mitteilungen während einer Unterbringung	1439
§ 311 Mitteilungen zur Strafverfolgung	1439
Abschnitt 2 Verfahren in Unterbringungssachen	1441
§ 312 Unterbringungssachen	1441
§ 313 Örtliche Zuständigkeit	1448
§ 314 Abgabe der Unterbringungssache	1457

§ 315 Beteiligte	1460
§ 316 Verfahrensfähigkeit	1466
§ 317 Verfahrenspfleger	1467
§ 318 Vergütung und Aufwendersatz des Verfahrenspflegers	1475
§ 319 Anhörung des Betroffenen	1476
§ 320 Anhörung der sonstigen Beteiligten und der zuständigen Behörde	1485
§ 321 Einholung eines Gutachtens	1488
§ 322 Vorführung zur Untersuchung; Unterbringung zur Begutachtung	1494
§ 323 Inhalt der Beschlussformel	1497
§ 324 Wirksamwerden von Beschlüssen	1501
§ 325 Bekanntgabe	1504
§ 326 Zuführung zur Unterbringung	1507
§ 327 Vollzugsangelegenheiten	1510
§ 328 Aussetzung des Vollzuges	1513
§ 329 Dauer und Verlängerung der Unterbringung	1516
§ 330 Aufhebung der Unterbringung	1519
§ 331 Einstweilige Anordnung	1522
§ 332 Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	1528
§ 333 Dauer der einstweiligen Anordnung	1532
§ 334 Einstweilige Maßregeln	1534
§ 335 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	1539
§ 336 Einlegung der Beschwerde durch den Betroffenen	1547
§ 337 Kosten in Unterbringungssachen	1548
§ 338 Mitteilung von Entscheidungen	1554
§ 339 Benachrichtigung von Angehörigen	1555

Abschnitt 3 Verfahren in betreuungsgerichtlichen

Zuweisungssachen	1557
§ 340 Betreuungsgerichtliche Zuweisungssachen	1557
§ 341 Örtliche Zuständigkeit	1559

Buch 4

Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen

Abschnitt 1 Begriffsbestimmung; örtliche Zuständigkeit	1563
§ 342 Begriffsbestimmung	1563
§ 343 Örtliche Zuständigkeit	1568
§ 344 Besondere örtliche Zuständigkeit	1580

Abschnitt 2 Verfahren in Nachlasssachen

<i>Unterabschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen</i>	1594
§ 345 Beteiligte	1594

Unterabschnitt 2 Verwahrung von Verfügungen von Todes wegen

§ 346 Verfahren bei besonderer amtlicher Verwahrung	1600
---	------

§ 347 Mitteilung über die Verwahrung	1604
<i>Unterabschnitt 3 Eröffnung von Verfügungen von Todes wegen ..</i>	1606
§ 348 Eröffnung von Verfügungen von Todes wegen durch das Nachlassgericht	1606
§ 349 Besonderheiten bei der Eröffnung von gemeinschaftlichen Testamenten und Erbverträgen	1608
§ 350 Eröffnung der Verfügung von Todes wegen durch ein anderes Gericht	1610
§ 351 Eröffnungsfrist für Verfügungen von Todes wegen	1611
<i>Unterabschnitt 4 Erbscheinsverfahren; Testamentsvollstreckung ..</i>	1612
§ 352 Entscheidung über Erbscheinsanträge	1612
§ 353 Einziehung oder Kraftloserklärung von Erbscheinen	1630
§ 354 Sonstige Zeugnisse	1636
§ 355 Testamentsvollstreckung	1640
<i>Unterabschnitt 5 Sonstige verfahrensrechtliche Regelungen</i>	1650
§ 356 Mitteilungspflichten	1650
§ 357 Einsicht in eine eröffnete Verfügung von Todes wegen; Ausfertigung eines Erbscheins oder anderen Zeugnisses ...	1652
§ 358 Zwang zur Ablieferung von Testamenten	1656
§ 359 Nachlassverwaltung	1660
§ 360 Bestimmung einer Inventarfrist	1670
§ 361 Eidesstattliche Versicherung	1677
§ 362 Stundung des Pflichtteilsanspruchs	1681
Abschnitt 3 Verfahren in Teilungssachen	1687
§ 363 Antrag	1687
§ 364 Pflegschaft für abwesende Beteiligte	1690
§ 365 Ladung	1691
§ 366 Außergerichtliche Vereinbarung	1692
§ 367 Wiedereinsetzung	1694
§ 368 Auseinandersetzungsplan; Bestätigung	1695
§ 369 Verteilung durch das Los	1698
§ 370 Aussetzung bei Streit	1699
§ 371 Wirkung der bestätigten Vereinbarung und Auseinandersetzung; Vollstreckung	1700
§ 372 Rechtsmittel	1701
§ 373 Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft	1702

Buch 5
**Verfahren in Registersachen,
unternehmensrechtliche Verfahren**

Abschnitt 1 Begriffsbestimmung	1707
Vorbemerkung zu § 374 FamFG	1707

§ 374 Registersachen	1743
§ 375 Unternehmensrechtliche Verfahren	1765
Abschnitt 2 Zuständigkeit	1776
§ 376 Besondere Zuständigkeitsregelungen	1776
§ 377 Örtliche Zuständigkeit	1779
Abschnitt 3 Registersachen	1784
<i>Unterabschnitt 1 Verfahren</i>	1784
§ 378 Antragsrecht der Notare	1784
§ 379 Mitteilungspflichten der Behörden	1788
§ 380 Beteiligung der berufsständischen Organe; Beschwerderecht	1791
§ 381 Aussetzung des Verfahrens	1798
§ 382 Entscheidung über Eintragungsanträge	1802
§ 383 Bekanntgabe; Anfechtbarkeit	1808
§ 384 Von Amts wegen vorzunehmende Eintragungen	1811
§ 385 Einsicht in die Register	1813
§ 386 Bescheinigungen	1815
§ 387 Ermächtigungen	1817
<i>Unterabschnitt 2 Zwangsgeldverfahren</i>	1823
Vorbemerkungen vor § 388	1823
§ 388 Androhung	1823
§ 389 Festsetzung	1836
§ 390 Verfahren bei Einspruch	1841
§ 391 Beschwerde	1849
§ 392 Verfahren bei unbefugtem Firmengebrauch	1853
<i>Unterabschnitt 3 Löschungs- und Auflösungsverfahren</i>	1866
§ 393 Löschung einer Firma	1866
§ 394 Löschung vermögensloser Gesellschaften und Genossenschaften	1875
§ 395 Löschung unzulässiger Eintragungen	1887
§ 396 (entfallen)	1898
§ 397 Löschung nichtiger Gesellschaften und Genossenschaften	1898
§ 398 Löschung nichtiger Beschlüsse	1907
§ 399 Auflösung wegen Mangels der Satzung	1913
<i>Unterabschnitt 4 Ergänzende Vorschriften für das Vereinsregister</i>	1922
§ 400 Mitteilungspflichten	1922
§ 401 Entziehung der Rechtsfähigkeit	1923
Abschnitt 4 Unternehmensrechtliche Verfahren	1925
§ 402 Anfechtbarkeit	1925
§ 403 Weigerung des Dispatcheurs	1929
§ 404 Aushändigung von Schriftstücken; Einsichtsrecht	1931

§ 405 Termin; Ladung	1934
§ 406 Verfahren im Termin	1938
§ 407 Verfolgung des Widerspruchs	1941
§ 408 Beschwerde.	1944
§ 409 Wirksamkeit; Vollstreckung	1946

Buch 6

Verfahren in weiteren Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

§ 410 Weitere Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit . .	1951
§ 411 Örtliche Zuständigkeit	1954
§ 412 Beteiligte	1956
§ 413 Eidesstattliche Versicherung	1958
§ 414 Unanfechtbarkeit	1960

Buch 7

Verfahren in Freiheitsentziehungssachen

§ 415 Freiheitsentziehungssachen	1965
§ 416 Örtliche Zuständigkeit	1972
§ 417 Antrag	1976
§ 418 Beteiligte	1981
§ 419 Verfahrenspfleger	1985
§ 420 Anhörung; Vorführung	1991
§ 421 Inhalt der Beschlussformel	2005
§ 422 Wirksamwerden von Beschlüssen	2008
§ 423 Absehen von der Bekanntgabe	2013
§ 424 Aussetzung des Vollzugs	2015
§ 425 Dauer und Verlängerung der Freiheitsentziehung	2019
§ 426 Aufhebung	2022
§ 427 Einstweilige Anordnung	2024
§ 428 Verwaltungsmaßnahme; richterliche Prüfung	2031
§ 429 Ergänzende Vorschriften über die Beschwerde	2035
§ 430 Auslagenersatz	2040
§ 431 Mitteilung von Entscheidungen	2044
§ 432 Benachrichtigung von Angehörigen	2047

Buch 8

Verfahren in Aufgebotssachen

Abschnitt 1 Allgemeine Verfahrensvorschriften	2051
§ 433 Aufgebotssachen	2051
§ 434 Antrag; Inhalt des Aufgebots	2052
§ 435 Öffentliche Bekanntmachung	2054
§ 436 Gültigkeit der öffentlichen Bekanntmachung	2055
§ 437 Aufgebotsfrist	2055

§ 438 Anmeldung nach dem Anmeldezeitpunkt	2056
§ 439 Erlass des Ausschließungsbeschlusses; Beschwerde; Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme	2057
§ 440 Wirkung einer Anmeldung	2059
§ 441 Öffentliche Zustellung des Ausschließungsbeschlusses	2061

**Abschnitt 2 Aufgebot des Eigentümers von Grundstücken,
Schiffen und Schiffsbauwerken 2062**

§ 442 Aufgebot des Grundstückseigentümers; örtliche Zuständigkeit	2062
§ 443 Antragsberechtigter	2063
§ 444 Glaubhaftmachung	2064
§ 445 Inhalt des Aufgebots	2064
§ 446 Aufgebot des Schiffseigentümers	2065

**Abschnitt 3 Aufgebot des Gläubigers von Grund- und Schiffspfand-
rechten sowie des Berechtigten sonstiger dinglicher Rechte 2066**

§ 447 Aufgebot des Grundpfandrechtsgläubigers; örtliche Zuständigkeit	2066
§ 448 Antragsberechtigter	2067
§ 449 Glaubhaftmachung	2068
§ 450 Besondere Glaubhaftmachung	2069
§ 451 Verfahren bei Ausschluss mittels Hinterlegung	2070
§ 452 Aufgebot des Schiffshypothekengläubigers; örtliche Zuständigkeit	2071
§ 453 Aufgebot des Berechtigten bei Vormerkung, Vorkaufsrecht, Reallast	2071

Abschnitt 4 Aufgebot von Nachlassgläubigern 2072

§ 454 Aufgebot von Nachlassgläubigern; örtliche Zuständigkeit . .	2072
§ 455 Antragsberechtigter	2073
§ 456 Verzeichnis der Nachlassgläubiger	2074
§ 457 Nachlassinsolvenzverfahren	2075
§ 458 Inhalt des Aufgebots; Aufgebotsfrist	2076
§ 459 Forderungsanmeldung	2076
§ 460 Mehrheit von Erben	2077
§ 461 Nacherbfolge	2078
§ 462 Gütergemeinschaft	2079
§ 463 Erbschaftskäufer	2079
§ 464 Aufgebot der Gesamtgutsgläubiger	2080

Abschnitt 5 Aufgebot der Schiffsgläubiger 2081

§ 465 Aufgebot der Schiffsgläubiger	2081
---	------

Abschnitt 6 Aufgebot zur Kraftloserklärung von Urkunden 2082

§ 466 Örtliche Zuständigkeit	2082
§ 467 Antragsberechtigter	2084
§ 468 Antragsbegründung	2085
§ 469 Inhalt des Aufgebots	2086
§ 470 Ergänzende Bekanntmachung in besonderen Fällen	2086
§ 471 Wertpapiere mit Zinsscheinen	2087
§ 472 Zinsscheine für mehr als vier Jahre	2088
§ 473 Vorlegung der Zinsscheine	2089
§ 474 Abgelaufene Ausgabe der Zinsscheine	2089
§ 475 Anmeldezeitpunkt bei bestimmter Fälligkeit	2090
§ 476 Aufgebotsfrist	2091
§ 477 Anmeldung der Rechte	2092
§ 478 Ausschlussbeschluss	2092
§ 479 Wirkung des Ausschlussbeschlusses	2093
§ 480 Zahlungssperre	2094
§ 481 Entbehrlichkeit des Zeugnisses nach § 471 Abs. 2	2095
§ 482 Aufhebung der Zahlungssperre	2096
§ 483 Hinkende Inhaberpapiere	2097
§ 484 Vorbehalt für die Landesgesetzgebung	2098

Buch 9

Schlussvorschriften

§ 485 Verhältnis zu anderen Gesetzen	2103
§ 486 Landesrechtliche Vorbehalte; Ergänzungs- und Ausführungsbestimmungen	2104
§ 487 Nachlassauseinandersetzung; Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft	2111
§ 488 Verfahren vor landesgesetzlich zugelassenen Behörden	2113
§ 489 Rechtsmittel	2116
§ 490 Landesrechtliche Aufgebotsverfahren	2117
§ 491 Landesrechtliche Vorbehalte bei Verfahren zur Kraftloserklärung von Urkunden	2118

Anhang	2121
-------------------------	------

I. Anhang zu § 30 FamFG: EU-VO über die Zusammenarbeit bei der Beweisaufnahme Nr. 1206/2001	2123
II. Anhang zu § 114 ZPO: EU-PKH-Richtlinie 2003/8/EG	2137
III. Anhang zu § 114 ZPO: EU-Standardformular PKH-Antrag	2151

Stichwortverzeichnis	2161
--------------------------------	------

Autorenverzeichnis

Dr. Dirk Bahrenfuss, Richter am OLG Schleswig,
Senat für Familiensachen, bis 31.7.2009 Leiter des Zivilrechtsreferats
in der Rechtsabteilung des Schleswig-Holsteinischen Justizministeriums

Klaus-Peter Blank, Richter am OLG Köln,
Stellv. Vorsitzender in einem Senat für Familiensachen,
Dozent in der Rechtsanwaltsfortbildung zum Fachanwalt für Familienrecht

Dr. Dagmar Brosey, Rechtsanwältin, Hamburg,
Vertretungsprofessorin an der Fachhochschule Köln,
Verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift *Betreuungsrechtliche Praxis* (BtPrax)

Dr. Jörg Grotkopp, Richter am AG Ratzeburg,
Betreuungsrichter, Tagungsleiter an der Deutschen Richterakademie,
Sachverständiger im Rahmen der Öffentlichen Anhörung des Rechts-
ausschusses des Deutschen Bundestages zum FGG-Reformgesetz

Antje Hentschel, Richterin am AG Schleswig

Dr. Norbert Joachim, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Erbrecht, Hannover,
Ausschussvorsitzender des Gemeinsamen Fachausschusses Erbrecht der
Niedersächsischen Rechtsanwaltskammern, Lehrbeauftragter an der
Leibniz-Universität Hannover

David Kräft, Rechtsanwalt, Hannover,

Dr. Christine von Milczewski, Richterin am OLG Schleswig,
Senat für Familiensachen

Stefanie Rüntz, Richterin am OLG Köln,
Senat für Beschwerden aus dem Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Daniel Schaal, Notarvertreter, Notarakademie Baden-Württemberg

Christfried Schlemm, Richter am OLG Köln,
Stellv. Vorsitzender in einem Senat für Familiensachen

Prof. Dr. Ulrike Schwedhelm, Universität Duisburg-Essen,
Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik, Bereich Recht,
Bürgerliches Recht, insbesondere Familienrecht

Ingo Socha, Richter am AG Lübeck,
Familienrichter, Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg

Bernd Steup, Dipl.-Rechtspfleger (FH), Notar in Trier,
Mitglied des Ausschusses der Bundesnotarkammer für FGG und
Verfahrensrecht

Dr. Wolfram Waldner, M.A., Notar in Bayreuth,
Lehrbeauftragter an der Universität Erlangen-Nürnberg

Franz Wick, Notar, Nachlass- und Betreuungsrichter
beim Notariat Niederstetten,
Dozent bei der Arbeitsgemeinschaft für Rechtsreferendare beim Landgericht
Ellwangen/Jagst, Dozent bei der Arbeitsgemeinschaft für Notaranwärter in
Ellwangen/Jagst

Dr. Eckhard Wittenstein, Richter am AG Schleswig,
Familienrichter, Betreuungsrichter,
von 1993 bis 2002 Rechtsanwalt in Kiel